Herr Köhler erläuterte kurz den Antrag seiner Fraktion.

Herr Knülle unterstützte den Antrag. Die beabsichtigte Veränderung der Gemeindeordnung habe Auswirkungen auf die Kommunen. Daher müsse eine klare Position bezogen und dem Städte- und Gemeindebund die entsprechende Unterstützung gegeben werden.

Herr Wagner erklärte, dass die angesprochene Problematik diskutabel sei. Die CDU-Fraktion sei jedoch nicht bereit, eine Resolution zu beschließen, nicht wissend, ob die Stadt Sankt Augustin durch die beabsichtigte Gesetzesänderung tatsächlich betroffen ist. Die Frage einer möglichen Betroffenheit könne im Zusammenhang mit der Beratung zur Gaskonzession im nicht öffentlichen Teil der Sitzung geklärt werden.

Herr Köhler schlug vor, die Entscheidung über den Antrag in die Ratssitzung am 13.06.2007 zu vertagen.

Frau Jung vertrat die Auffassung, dass der Gesetzentwurf die in Aussicht stehende Neuregelung der Gaskonzession nicht berühre. Seitens der FDP-Fraktion könne daher keine Zustimmung zu dem Antrag signalisiert werden.

Herr Radke bat darum, für eine erneute Beratung in der Ratssitzung am 13.06.2007 eine Beantwortung der auf Seite 3 des Antrages aufgeworfenen Fragen („Welche Auswirkungen hat dies für die Stadt Sankt Augustin?“) vorzubereiten.

Anschließend bestand Einvernehmen, den Antrag in die Ratssitzung am 13.06.2007 zu vertagen.